

Umfrage der EDU Kanton Zürich bei allen offiziellen Kandidatinnen und Kandidaten für die Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015

Welche Kandidatinnen und Kandidaten für den Ständerat können aus Sicht der EDU zur Wahl empfohlen werden? Die Antworten auf die EDU-Umfrage geben darüber Aufschluss. Angefragt wurden die sieben offiziellen Kandidaten: Martin Bäumle, Bastien Girod, Maja Ingold, Daniel Jositsch, Ruedi Noser, Babara Schmid-Federer und Hans-Ueli Vogt. Auf die Fragen geantwortet haben die folgenden vier Personen.

1. Werden Sie die parlamentarische Initiative der GLP «Ehe für alle» unterstützen, womit Sie sich gegen die geltende Ehe als eine Verbindung von Mann und Frau aussprechen?			
Martin Bäumle	Maja Ingold	Ruedi Noser	Hans-Ueli Vogt
Ja, als glp-NR und Präsident war ich einer der Promotoren des Vorstosses.	Nein Erst vor ein paar Jahren hat das Schweizer Volk über die eingetragene Partnerschaft Abgestimmt und international ist in langer Tradition das Institut Ehe definiert als Verbindung von Mann und Frau. Eine neue Institution drängt sich nicht auf und führt in eine unerwünschte Beliebigkeit und Orientierungslosigkeit	Nein Aber gleichgeschlechtliche Paare sollen dieselben partnerschaftlichen Rechte haben und im Zivilstand nicht diskriminiert werden	Ja Begründung: Eine liberale Gesellschaft hat ein Interesse daran, stabile zwischenmenschliche Beziehungen durch entsprechende rechtliche Regeln abzusichern, wobei es dem Staat nicht zusteht, zu beurteilen, welche Art von Beziehungen ihm gefallen und welche nicht, solange diese nicht die öffentliche Ordnung stören. Den Begriff der "Ehe" sollte man in diesem Zusammenhang allerdings möglichst nicht verwenden, denn «Ehe» ist nach meinem Verständnis die Verbindung von Mann und Frau.

2. Mit einer Teilnahme am Marsch fürs Läbe am 19. September setzen Sie ein Zeichen für die Reduktion der jährlich 10'000 Abtreibungen in der Schweiz. Sind Sie dabei?			
Martin Bäumle	Maja Ingold	Ruedi Noser	Hans-Ueli Vogt
Nein Begründung: Ich bin in dieser Frage liberal. Ich anerkenne, dass in gewissen Situationen eine Abtreibung richtig ist. Aber eine Abtreibung ist etwas sehr persönliches und sollte nur nach Abwägen aller Vor- und Nachteile wohlüberlegt und nach Beratung erfolgen.	Nein Der Marsch fürs Läbe ist eine Demo, ein Instrument der Zivilgesellschaft. Als Politikerin habe ich andere Instrumente, ich halte nichts vom Demonstrieren.	Nein Eine Abtreibung ist für jede Frau eine extrem schwierige Entscheidung, die sie persönlich treffen muss. Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, Druck auszuüben.	Nein Begründung: Ich halte die geltende Regelung der Abtreibungen für eine vernünftige Abwägung der auf dem Spiel stehenden Interessen.

Umfrage der EDU Kanton Zürich bei allen offiziellen Kandidatinnen und Kandidaten für die Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015

3. Befürworten Sie die Ausweitung des Diskriminierungsverbots auf die Homosexualität?			
Martin Bäumle	Maja Ingold	Ruedi Noser	Hans-Ueli Vogt
<p>Ja</p> <p>Begründung: Da ich für die volle Gleichstellung beider Geschlechter und aller Formen des Zusammenlebens bin, gehört dazu auch die Ausweitung des Diskriminierungsverbotes. Ich bin aber klar der Meinung, dass wir Diskriminierungen nicht primär juristisch angehen sollten, sondern mit Überzeugungsarbeit bei den Kritikern.</p>	<p>Ja</p> <p>Für den Fall, dass es ungenügend oder nicht klar ist</p>	<p>Nein ...</p> <p>... wenn gemeint ist: eines <u>gesetzlichen</u> Diskriminierungsverbots.</p> <p>Die Verfassung verbietet schon heute die Diskriminierung aufgrund der Lebensform. Eine weitere gesetzliche Norm ist unnötig, und zusätzliche Präzisierungen des Verfassungsartikels schwächen ihn.</p>	<p>Nein</p> <p>Begründung: Im Verhältnis zwischen Staat und Privaten gilt ohnehin ein allgemeines Diskriminierungsverbot. Im Verhältnis zwischen Privaten bin ich gegen Diskriminierungsverbote; im Verhältnis zwischen Privaten verdient die Wahlfreiheit (mit wem will jemand einen Vertrag abschliessen, mit wem nicht) den Vorrang. Die Gefahr ist zu gross, dass der Staat mit überschüssenden Diskriminierungsverboten legitime und wirtschaftlich sinnvolle Differenzierungen verbietet.</p>

4. Werden Sie sich für die Einführung des Pukelsheim ohne Quoren bei den Nationalratswahlen einsetzen, damit das demokratische Prinzip «one man, one vote» umgesetzt wird und die Listenverbindungen verschwinden?			
Martin Bäumle	Maja Ingold	Ruedi Noser	Hans-Ueli Vogt
<p>Ja</p> <p>Begründung: Ich war einer der Promotoren im Kanton Zürich, dass das alte Wahlsystem vom BGE als unzulässig beurteilt wurde und danach für die Einführung des doppelten Pukelsheim ohne Quoren. National ist eine rechtliche Beurteilung leider verwehrt und der politische Weg aktuell leider noch nicht mehrheitsfähig. Aber ich werde wohl noch 2015 einen entsprechenden Vorstoss im NR lancieren.</p>	<p>Ja</p> <p>Der Wählerwille wird so am besten abgebildet, der Pukelsheim ist also am demokratischsten.</p>	<p>Nein</p> <p>Ich bin für die Abschaffung der Listenverbindungen, damit die Wählerinnen und Wähler wissen, wem ihre Stimme zugutekommt. Ich bin aber dafür, dass die Sitze weiterhin pro Kanton vergeben werden. Wir sind ein Bundesstaat, wir wählen in den Kantonen. Eine kantonsübergreifende Sitzverteilung mittels Pukelsheim würde dieses Prinzip untergraben.</p>	<p>Nein</p>

Umfrage der EDU Kanton Zürich bei allen offiziellen Kandidatinnen und Kandidaten für die Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015

5. Werden Sie dem Fortpflanzungsmedizingesetz zustimmen?			
Martin Bäumle	Maja Ingold	Ruedi Noser	Hans-Ueli Vogt
Eher Ja Begründung: Die Frage der Fortpflanzungsmedizin wirft einige ethische Fragen auf, welche nicht leicht zu beantworten sind. Deshalb ist eine sorgfältige Güterabwägung vorzunehmen und sehe eher mehr Vor- als Nachteile.	Nein Das Gesetz geht mir zu weit. Die strenge Bundesratsversion hätte ich unterstützt.	Ja Die Schweiz muss im Bereich der Fortpflanzungsmedizin nicht restriktiver sein als andere Länder. Die neue Technik ermöglicht es, unnötige seelische und körperliche Belastungen zu vermeiden.	Ja

6. Sehen Sie in der Ausbreitung des radikalen Islams in der Schweiz eine Gefahr für unser Land?			
Martin Bäumle	Maja Ingold	Ruedi Noser	Hans-Ueli Vogt
Keine Antwort. Begründung: Falsche Frage. Ich sehe keine Ausbreitung des radikalen Islams und die meisten Muslime leben ohne Probleme unter uns und viele Muslime lehnen radikalen Islam genauso ab wie ich.	Ja Nicht, wenn wir die gemässigten Muslime und ihre Verbände respektieren und das ihnen zeigen, den interreligiösen Dialog bewusst pflegen	Ja Jegliche radikale Religion ist ein Problem für eine liberale Gesellschaft – Religion muss für mich privat sein. Ich vertraue aber zugleich auf die Integrationskraft unserer offenen Gesellschaft.	Ja Begründung: Diese Gefahr ist angesichts der Terroranschläge in europäischen Städten in den letzten Monaten und Jahren nicht zu leugnen. Was in London, Madrid oder Paris geschehen ist, kann auch in der Schweiz passieren.

Zusammenstellung von ausgewählten Parlamentsvorlagen und Abstimmungsverhalten von Kandidaten/-innen für die Ständeratswahlen ZH 201										
Geschäfts- Nummer:	Vorlage:	Abstimmungs- datum:	Noser R. FDP	Jositsch D. SP	Vogt H.U. SVP	Bäumle M. GLP	Girod B. GP	Schmid-Fed.B. CVP	Ingold M. EVP	Position EDU-ZH/CF
13 084	Volksinitiative "Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen"	26.09.2014	Kontra	Kontra	*	Kontra	Kontra	Pro	Kontra	Pro
12 052	Volksinitiative "Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache - Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruches aus der oblig. Grundversicherung"	27.09.2013	Kontra	Kontra	*	Kontra	Kontra	Kontra	Kontra	Pro
09.045-1	BG über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern (Fremdbetreuungsabzug bis Fr. 10'000.-)	25.09.2009	Enthaltung	Pro	*	Pro	Kontra	Pro	Pro (RA)	Kontra
13.085-1	Volksinitiative "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe"	19.06.2015	Kontra	Kontra	*	Kontra	Kontra	nicht teilg.	Pro	Pro
14.092-1	Volksinitiative "Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule"	19.06.2015	Kontra	Kontra	*	Kontra	Kontra	Kontra	Kontra	Pro
13.051-1	Präimplantationsdiagnostik: Aenderung der Bundesverfassung (BV)	12.12.2014	Pro	Pro	*	Pro	Pro	Entschuldigt	Pro	Kontra
13.051-2	Präimplantationsdiagnostik: Aenderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FmedG)	12.12.2014	Pro	Pro	*	Pro	Pro	Entschuldigt	Kontra	Kontra
13 304	Kant. Initiative Genf: Aenderung BV Art. 8,2 u. StGB Art. 261bis betr. Schutz von Homosexuellen vor Diskriminierung	11.03.2015	Kontra	Pro	*	Pro	Pro	Pro	Pro	Kontra
13 407	Parl. Initiative Reynard: Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung	11.03.2015	Kontra	Pro	*	Pro	Pro	Pro	Pro	Kontra
13.2062	Petition Jugensession für Gleichberechtigung von Homosexuellen	11.03.2015	Pro	Kontra	*	Kontra	Kontra	nicht teilg.	Enthaltung	Kontra
	Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft (Partnerschaftsgesetz)	18.06.2004	Pro	*	*	Pro	*	*	Kontra (RA)	Kontra (Wäfler)
	Anzahl Uebereinstimmungen mit der Position der EDU:		2	1		1	2	1	2	
				* = noch nicht im eidg. Parlament					(RA) = Ruedi Aeschli	
	M. Wäfler, 1.9.2015									2A1:K35B36A4:K